

DGB-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1987 – Wahlkampf für die SPD

Wahlprüfsteine sollen den Bürgern objektive Kriterien zur Beurteilung an die Hand geben, um sich ein Urteil über die Parteien zu bilden. Doch was der DGB hier vorlegt, ist reine Wahlhilfe für die SPD. Die DGB-Wahlprüfsteine sollten ein Superknüller im Wahlkampf für die SPD werden, heraus kam ein Rohrkrepierer!

1. Mit seinen Wahlprüfsteinen verfolgt der DGB eine Vernebelungsstrategie:

Der DGB baut auf ein kurzes Gedächtnis der Arbeitnehmer und der Wähler. Vom Versagen der SPD ist nicht die Rede.

Mit keinem Wort wird erwähnt, welches Erbe uns die Sozialdemokraten hinterlassen haben: Massenarbeitslosigkeit, die größte Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform, Inflation, eine schrumpfende Wirtschaft und eine Staatsverschuldung von über 300 Mrd. DM waren das Ergebnis von 13 Jahren verfehlter SPD-Wirtschafts- und -Sozialpolitik.

2. Der DGB kann die Wahrheit nicht unterdrücken, auch wenn er sie gerne totschweigen möchte:

Die CDU-geführte Bundesregierung hat eine überzeugende Leistungsbilanz vorzuweisen. Der politische Schutt, den die Sozialdemokraten hinterlassen hatten, ist weggeräumt, die Krise ist überwunden, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland haben wieder ein solides Fundament.

Der DGB muß anerkennen, daß die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vor allem den Arbeitnehmern und Rentnern wesentliche Verbesserungen gebracht hat.

3. Die Wahlprüfsteine zeigen, der DGB ist nicht zur Zukunftsgestaltung fähig.

Seine Vorschläge weisen nicht nach vorn, sondern rückwärts in die Krisen der siebziger Jahre. Der DGB bietet wieder die alten Rezepete an, die sich bereits als untauglich erwiesen haben. Der DGB hat recht, wenn es im Vorwort zu den Wahlprüfsteinen heißt, daß wir große Probleme zu lösen haben, er leistet aber mit den vorliegenden Wahlprüfsteinen keinen Beitrag dazu.

4. Die Folgen der DGB-Wahlprüfsteine wären besonders für die Arbeitnehmer fatal.

40 Milliarden Mark kosten zusammengerechnet die Vorschläge des DGB. Die Auswirkungen für die Arbeitnehmer verschweigt der DGB.

Ein Gesamtvolumen von rund 40 Milliarden DM heißt für einen durchschnittlich verdienenden ledigen Arbeitnehmer:

- 344,— DM höhere Steuerbelastung wegen Verzicht auf 2. Stufe der Steuerreform,
- 260,— DM Zusatzbelastung für Schuldzinsenfinanzierung,
- 204,— DM höhere Sozialabgaben (nur Arbeitnehmeranteil) zur Finanzierung umfangreicher Forderungen im Sozialbereich.

Zusammen also eine jährliche Mehrbelastung von 808,— DM. Bezogen auf jeden Erwerbstätigen ergibt sich sogar eine durchschnittliche jährliche Mehrbelastung von 1 550,— DM.

5. Die CDU will starke und zukunftsfähige Gewerkschaften:

„Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, daß sie für ihre Aufgaben demonstrieren und natürlich auch argumentativ dafür eintreten. Aber diese Angriffe der führenden Funktionäre des DGB gegen die CDU und die Bundesregierung sind weder fair noch gerecht.“

„Noch nie in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland klafften bei den führenden Sozialdemokraten im Deutschen Gewerkschaftsbund, vor allem bei der IG Metall, Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander.“

Wir wollen — ich bin selber Mitglied des DGB — keine schwachen Gewerkschaften — ich wiederhole das, was der Bundeskanzler gesagt hat —, wir wollen starke Gewerkschaften. Aber wenn jemand die Politik der Bundesregierung in den letzten vier Jahren, nachdem wir die schwerste Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform vorgefunden hatten, arbeitnehmerfeindlich nennt, dann vertritt er nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern läßt sich vor den Karren einer bestimmten politischen Partei spannen.“ (Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, MdB, auf dem Bundesparteitag der CDU in Mainz vom 6. bis 8. Oktober 1986)

Prüfstein 1: Mehr öffentliche Initiativen für Arbeit, Umwelt und Lebensqualität

Der DGB fordert:

Qualitatives Wachstum

Unsere Politik:

Die CDU stimmt dem DGB zu, daß dem qualitativen Wachstum eine wichtige Rolle zukommt. In den Stuttgarter Leitsätzen der CDU für die achtziger Jahre heißt es: „Wir dürfen Wachstum aber nicht ausschließlich nach dem Umfang der Güter und Dienstleistungen bewerten, sondern müssen auch qualitative Veränderungen

berücksichtigen. Einsparungen im Energieverbrauch durch neue Techniken und die Kontrolle sowie die Verringerung von Schadstoffemissionen sind Beispiele solchen qualitativen Wachstums, das unsere Lebensbedingungen verbessert und Ressourcen schont.“ Die positiven Auswirkungen unserer Politik zeigen sich besonders im Bereich der Investitionen im Umweltschutz.

Der DGB fordert:

Wiederbelebung der öffentlichen Investitionen

Unsere Politik:

Der Verfall der öffentlichen Investitionsfähigkeit (seit 1980 rund 12 Mrd. DM) wurde 1983 gestoppt. Seit 1984 nehmen die öffentlichen Investitionen wieder kontinuierlich zu. Nach den derzeitigen Haushaltplanungen werden sie 1987 um rund 7 Mrd. DM über dem Niveau von 1983 liegen. Neben dieser Steigerung der Investitionen wurden zudem gezielte Anstöße für Investitionen in bestimmten Bereichen, nicht zuletzt im Umweltschutz, gegeben:

- Die Großfeuerungsanlagenverordnung löst Investitionen in der Größenordnung von 5 Mrd. DM aus.
- Die Verdreifachung der Bundesmittel für Stadterneuerung bewirkt 1986/87 zusätzliche Maßnahmen von rund 5 Mrd. DM.
- Die Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank für die mittelständische Wirtschaft wurden um über 4 Mrd. DM aufgestockt.
- Die ERP-Programme für Umweltschutz werden 1986/87 um insgesamt 1,6 Mrd. DM erweitert.
- Die Sachinvestitionen der Bundesbahn werden 1985/86 im Rahmen ihres Modernisierungskonzepts um über ein Drittel hochgefahren.

Der DGB fordert:

Investitionsprogramme für mehr Beschäftigung

Unsere Politik:

Die Forderung des DGB nach einem öffentlichen Investitionsprogramm wird als untauglich abgelehnt. Investitionsprogramme erwiesen sich in der Vergangenheit als reine Strohfeuer:

Nach dem Motto „Staatsschulden sind besser als Arbeitslosigkeit“ gab die SPD-Regierung für 17 Beschäftigungsprogramme über 50 Milliarden Mark aus. Trotzdem stieg die Arbeitslosigkeit von 582 481 (Quote: 2,6) im Jahresdurchschnitt 1974 auf 1 833 244 (Quote: 7,5) im Jahresdurchschnitt 1982 an; das ist ein Anstieg um 1 250 763 bzw. rund 215 Prozent.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen beweist: Staatliche Beschäftigungsprogramme haben nicht die erhoffte Wirkung auf dem Arbeitsmarkt.

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und die Mehrzahl der **wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute** schätzen staatliche Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit skeptisch ein. Bereits in ihrem **Jahresgutachten 1974** stellen die Sachverständigen fest, daß die **Sonderprogramme nicht zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage beitragen**.

Schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme behindern oder verhindern private Investitionen:

■ **Folge der staatlichen Kapitalnachfrage ist ein steigendes Zinsniveau.** Steigende Zinsen verdrängen eine Reihe von Kapitalnachfragern vom Markt, da ihre Sachinvestitionen unrentabel werden.

■ **Wachsende Zinszahlungen belasten die öffentlichen Haushalte.** Rund 45 Milliarden Mark mußten Bund, Länder und Gemeinden allein 1982 dafür aufwenden. Entsprechend weniger Geld bleibt für die eigentlichen Aufgaben übrig.

■ **Schulden sind eine Hypothek auf die Zukunft;** denn eine Zunahme der Neuverschuldung bedeutet früher oder später höhere Steuern. So folgte unter der SPD-Regierung der Ausweitung der Staatsausgaben eine wachsende Last von Steuern und Abgaben. Die Steuern und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1982 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter: das Steueraufkommen um 146 Prozent, die Sozialabgaben um 222 Prozent.

Der DGB fordert:

Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen durch höhere Abgaben und Kredite, Steuersenkungen und weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen

Unsere Politik:

Die aufgezählten Finanzierungsquellen, wie z. B. Verzicht auf die für 1988 beschlossene 2. Stufe der Steuerreform, Einführung einer Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und die Nutzung der vorhandenen Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen (also eine höhere Netto-Neuverschuldung!) würden unsere Wirtschaft in eine neue Krise führen.

Der Verzicht auf die zweite Stufe der Steuerreform und eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende würde unserer Wirtschaft nur schaden. Die Politik der Regierung Helmut Kohl hat die Steuerquote gesenkt, durch die DGB-Vorschläge würden aber schon **Facharbeiterinkommen** einem rasch zunehmenden Zugriff der Besteuerung unterliegen und Familien steuerrechtlich benachteiligt. Die Steuerbelastung für alle Arbeitnehmer würde ansteigen.

Es ist ein Verdienst der Regierung Helmut Kohl, wenn der DGB heute wieder auf Spielräume zur Finanzierung öffentlicher Investitionen hinweisen kann. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft ihre erfolgreiche Konsolidierungspolitik fortsetzen und nicht durch einen neuen rasanten Anstieg der Netto-Neuverschuldung das Erreichte aufs Spiel setzen. -

Der DGB fordert:

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Unsere Politik:

Den Forderungen nach „zusätzlichen Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik; mehr Fortbildung und Umschulung für Arbeitsuchende, besonders auch für Frauen“, hat die Regierung Helmut Kohl bereits voll Rechnung getragen.

Der Mitteleinsatz für aktive Arbeitsmarktpolitik liegt 1986 mit rund 11,5 Milliarden DM um 70% über dem Niveau von 1982. Auch die Zahl der Menschen, die sich an Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen beteiligen, stieg auf Rekordniveau. Für dieses Jahr wird mit ca. 450 000 Neueintritten gerechnet, gegenüber 265 000 im Jahr 1982. Auch der Frauenanteil steigt deutlich.

Prüfstein 2: Kürzere Arbeitszeiten – im Interesse der Arbeitslosen und der Beschäftigten

Der DGB fordert:

Neues Arbeitszeitgesetz

Unsere Politik:

Die CDU sieht keinen Grund für ein neues Arbeitszeitgesetz, denn der Staat setzt nur Höchstgrenzen fest; die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsverträge bleibt Sache der Tarifpartner. Die Tarifautonomie soll nicht angetastet werden.

Der DGB fordert:

Verbesserung des Vorruststandsgesetzes

Unsere Politik:

Die DGB-Forderung zum Vorruststandsgesetz ist bereits gegenstandslos. Das Vorruststandsgesetz wurde bereits durch die Regierung Helmut Kohl verlängert und verbessert. Die SPD-geführte Regierung hat dagegen jahrelang kein Vorruststandsgesetz zustande gebracht. Seit Inkrafttreten des Vorruststandsgesetzes am 1. Mai 1984 sind von den Sozialpartnern rund 300 Tarifverträge über Vorruststandsregelungen geschlossen worden. Für mehr als 275 000 Arbeitnehmer über 58 Jahre besteht somit die Möglichkeit eines vorzeitigen Ruhestandes. Durch dieses Gesetz dürfte der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren spürbar entlastet werden.

Der DGB fordert:

Gesetzliche Maßnahmen zur Begrenzung der Mehrarbeit

Unsere Politik:

Die CDU ist ebenfalls der Ansicht, daß die jährlich rund 1,5 Milliarden geleisteten Überstunden ein gewisses Potential für mehr Beschäftigung darstellen. Eine vom DGB geforderte gesetzliche Regelung zur Begrenzung der Mehrarbeit wird jedoch abgelehnt.

Die Bundesregierung sieht sich durch den Überstundenbericht von 1985 in der Richtigkeit ihrer Politik bestätigt, die dem freiwilligen Abbau von Überstunden Vorrang gibt. Vergleicht man das Überstundenaufkommen je Arbeitnehmer 1984 mit dem von 1970, so ergibt sich ein Rückgang um mehr als 50%.

Prüfstein 3 und 5: Soziale Gestaltung des technischen Wandels – Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft

Der DGB fordert:

Mehr Mitspracherecht für Arbeitnehmer

Unsere Politik:

Die Forderung der Gewerkschaft nach mehr Mitspracherecht bei der Einführung neuer Technologien oder bei Rationalisierung wird von der Bundesregierung ernst genommen. So wird zur Zeit an einer Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes gearbeitet, mit dem Ziel, die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer zu erweitern.

Mit dem Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens existiert bereits ein Instrument zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es geht dabei vor allem um:

- Schutz der Gesundheit durch Belastungsabbau,
- menschengerechter Einsatz neuer Techniken,
- Verbesserung der Forschungsanwendung.

Die Mittel für dieses Programm wurden überproportional erhöht. Auch die Mittel für die Forschung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz wurden auf inzwischen 7 Millionen DM angehoben.

Prüfstein 4: Gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle

Besonders im sozialen Bereich sind die DGB-Prüfsteine besonders irreführend. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß gerade hier deutliche Verbesserungen eingetreten sind. 1982 wurden für Sozialleistungen insgesamt 524 Milliarden DM ausgegeben, im laufenden Jahr werden es bereits über 600 Milliarden DM sein, also über 80 Milliarden DM mehr. Auch von der Preisstabilität wird nicht gesprochen, die den Arbeitnehmern und Rentnern erstmals wieder steigende Realeinkommen beschert.

Der DGB fordert:

Dauerhafte Sicherstellung der Rentenfinanzierung

Unsere Politik:

Die Rentenfinanzierung ist wieder sichergestellt, die Kassen füllen sich wieder. Der

Grundsatz einer gleichgewichtigen Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmerverdiensten wurde gesetzlich verankert. Der 1982 erreichte Lebensstandard der Rentner konnte nicht nur erhalten werden; das Netto-Renteneinkommen nach einem erfüllten Arbeitsleben (45 Versicherungsjahre) betrug 1985 73,2% und lag damit 0,5 Prozentpunkte höher als 1982. Der DGB erwähnt auch nicht, daß die Bundesregierung mit der Einführung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht neue Maßstäbe gesetzt hat.

Der DGB fordert:

Bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Unsere Politik:

Die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung wurde deutlich verbessert. Ein erster Schritt war die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 12 Monate auf 18 Monate für Arbeitslose ab dem 49. Lebensjahr ab 1. Januar 1985. Die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz setzte diesen Weg fort:

- Ab 1. Januar 1986 ist die Höchstanspruchnahme für den Bezug von Arbeitslosengeld nach Altersstufen erhöht worden, und zwar für Arbeitslose
 - ab vollendetem 44. Lebensjahr auf 16 Monate,
 - ab vollendetem 49. Lebensjahr auf 20 Monate,
 - ab vollendetem 54. Lebensjahr auf 24 Monate.
- Arbeitslose, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe auch dann weiterbeziehen, wenn sie keine neue Beschäftigung aufnehmen wollen.
- Die Freibeträge für die Anrechnung von Ehegatteneinkommen auf die Arbeitslosenhilfe sind für 1986 von wöchentlich 75 DM auf 115 DM und ab 1987 auf 150 DM heraufgesetzt worden. Der Freibetrag je Kind steigt 1986 von wöchentlich 35 DM auf 55 DM und ab 1987 auf 70 DM.
- Die Möglichkeit, die individuelle Bemessung der Arbeitslosenhilfe aufgrund der Arbeitsmarktlage abzusenken, ist eingeschränkt worden.

Im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit wurde also nicht nur konsolidiert, es hat auch bedeutsame Leistungsausweitungen gegeben. Durch leistungsverbessernde Rechtsänderungen wurde per saldo rd. 1 Mrd. DM mehr an Ausgaben ermöglicht, als im Interesse der Konsolidierung zunächst eingespart werden mußte.

Der DGB fordert:

Verbot der Leiharbeit

Unsere Politik:

Die Forderung nach Verbot der Leiharbeit ist unsinnig, ja sogar arbeitnehmerfeindlich. Die Unternehmer sollen veranlaßt werden, bei Auftragsspitzen oder auch bei Vertretungen infolge längerer Krankheiten oder Mutterschaftsurlaub

auf Leiharbeitnehmer zurückzugreifen, anstatt in Überstunden mit dem eigenen Personal auszuweichen. Diese Regelung gilt zum 1. Januar 1990.

Der Vorwurf, die Neuregelung ermuntere die Arbeitgeber, Dauerarbeitsplätze zu vernichten, ist unbegründet: Leiharbeitnehmer können auch künftig keine Dauerbeschäftigung ersetzen. Umgekehrt wird kein Unternehmen bei einem zeitlich befristeten Ausfall von Arbeitnehmern Neueinstellungen vornehmen. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes kann es deshalb nur kommen, wenn in solchen Fällen verstärkt Leiharbeitnehmer — die ja über Dauerarbeitsplätze bei den Zeitarbeits-Unternehmen verfügen — eingesetzt werden.

Prüfstein 6: Freie und streikfähige Gewerkschaften – Ausbau der Tarifautonomie

Der DGB fordert:

Rücknahme der Änderung des § 116 AFG

Unsere Politik:

Die Regierung Helmut Kohl hat mit der Neuregelung des § 116 AFG endlich den Auslegungsstreit beendet und redlich Klarheit geschaffen. Die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit ist so gewährleistet und kann ihr Geld für die Arbeitslosen verwenden. Die Bundesanstalt kann nicht für die Folgen von Arbeitskämpfen aufkommen. Jeder Tarifpartner muß verantworten, welche Arbeitskampftaktik er zur Anwendung bringt. Es muß also auch für Gewerkschafter einsichtig sein, daß eine Rücknahme der Änderung des § 116 AFG abgelehnt werden muß.

Hinweis

Unter dem Thema „DGB Wahlprüfsteine auf dem Prüfstand“ haben die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft eine Broschüre herausgegeben. Wichtigster Teil dieser Broschüre für den argumentativen Wahlkampf:
Wahlprüfsteine 1983 des DGB — Was ist daraus geworden?

Zum Preis von 1,— DM kann diese Broschüre bezogen werden über:

Hauptgeschäftsstelle der CDA

Johannes-Albers-Allee 3

5330 Königswinter 1